

INFORMATIONSZENTRUM
für Guyana und die Karibik

Guyana
Ein Überblick

MATERIALIEN 1

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Eigendruck

M. Ernst u. U. Reichel
Krochmanstr. 6
2 Hamburg 60
Tel. 040 / 5119872

1980: Jahr des Terrors und des Wahlbetrugs

Durch zwei spektakuläre Ereignisse in den letzten Monaten rückte die "Kooperative Republik Guyana" im Nordosten des südamerikanischen Kontinents zusehends in das Interesse der Weltöffentlichkeit.

Am 13. Juni 1980 wurde Walter Rodney, weltweit anerkannter Afrika-Historiker und der bedeutendste Führer der oppositionellen "Working People's Alliance" (WPA), das Opfer eines politischen Attentats, für das die Regierung Burnham verantwortlich ist. Rodney gelang es erstmals die seit der Kolonisierung Guyanas durch Großbritannien (1814) existierenden Rassenkonflikte zwischen den beiden ethnischen Hauptgruppen (Afro-Guyaner und Indo-Guyaner) in seiner 1974 gegründeten sozialistischen Organisation zu überwinden. Sein Tod bildet den Kulminationspunkt wachsender innenpolitischer Krisen, die das Land seit 1978 zunehmend erschüttern. Der Mord an Rodney sowie die nachweislich gefälschten Parlamentswahlen vom 15. Dezember 1980, entlarvten Burnham -bislang anerkannter Sprecher in der Blockfreienbewegung- und seine regierende Partei (People's National Congress, PNC) endgültig als Terrorregime.

Entscheidendes Moment des von Burnham praktizierten Systems der Herrschaftssicherung war die systematische Spaltung der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisationen unter Ausnutzung ethnischer Konflikte zwischen den indo- und afro-guyanischen Bevölkerungsteilen. Die zentrale Bedeutung dieser Rassenkonflikte für die gesamte politische Entwicklung Guyanas kann nur vor dem Hintergrund der Geschichte des Landes verstanden werden, die zugleich Bestandteil der europäischen Geschichte des Merkantilismus und des Frühkapitalismus ist.

Das Koloniale Erbe und die Entstehung der Rassengegensätze

Im Rahmen der Dreiecksgeschäfte zwischen Europa, Afrika und der Karibik wurden zu Beginn des 17. Jahrhunderts afrikanische

(+) Copyright: Vorabdruck aus Olle u. Wolter Verlag, Lateinamerika Jahrbuch, Berlin-West 1981

Sklaven nach Guyana deportiert, die dort zur Zuckerversorgung der europäischen Kolonialmächte auf den Plantagen arbeiten mußten. Nach 200-jähriger wechselnder Beherrschung des Landes durch Holländer, Franzosen, Briten und Spanier fiel Guyana 1814 endgültig an das britische Kolonialreich. Zu dieser Zeit hatte sich die auf der Sklavenarbeit beruhende Plantagenwirtschaft bereits als die dominante Produktionsform etabliert.

Als nach der Aufhebung der Sklaverei 1833 die Mehrzahl der Afrikaner die Plantagen verließ, um auf der Grundlage kooperativer Subsistenzwirtschaften Dorfgemeinschaften zu gründen, gingen die europäischen Pflanzer dazu über, Kontraktarbeiter aus China und Portugal, vor allem aber aus Indien anzuwerben. Damit wurde der Grundstein für die noch heute existierenden Rassenkonflikte und die auf ihnen beruhenden Klassenauseinandersetzungen gelegt.

Als es der indischen Regierung 1917 gelang, den Abzug von Kontraktarbeitern zu stoppen, waren die Inder bereits zum Hauptträger der Zuckerproduktion geworden, während die Afrikaner seit 1914 im Zuge der sich auflösenden Subsistenzwirtschaft gezwungen waren, ihre Arbeitskraft im Bauxitabbau, in der Kleinindustrie und kommunalen Verwaltung einzusetzen.

Heute sind etwas über die Hälfte der Bevölkerung indischer Herkunft und leben wie ihre Vorfahren zumeist auf dem Lande, knapp 40% sind Schwarze (aus ihnen rekrutiert sich die städtische Mittelschicht und die Arbeiterschaft in den Bauxitminen), der Rest besteht aus Mischlingen, Indios, Chinesen und Portugiesen.

Herrschaftssicherung durch Rassenspaltung: Vom Kolonialismus zum modernen Imperialismus

Die Trennung der Rassen nach Wirtschaftsbereichen wurde zu einem entscheidenden Moment der Herrschaftsstabilisierung: durch die wachsende Konkurrenz zwischen indischen und afrikanischen Arbeitern konnten zum einen die Lohnkosten niedrig gehalten werden, zum anderen eine Solidarisierung der Arbei-

ter als Klasse erfolgreich verhindert werden, indem Arbeiter der verschiedenen Rassen gegeneinander als Streikbrecher eingesetzt wurden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde 1919 die "British Guyana Labour Union" gegründet, die städtisch-afrikanische Arbeiter und indische Plantagenarbeiter in sich vereinigte. Ihre Hauptziele waren die Legalisierung von Gewerkschaften und ihre Anerkennung durch die Arbeitgeber und die Abschaffung des besitzgebundenen Wahlrechts.

Auch die zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1936 ins Leben gerufene Gewerkschaft "Manpower Citizens' Association" mit ihrer antikolonialen Stoßrichtung und ihrem hohen Mobilisierungsgrad konnte ihren politischen Aktionsradius nicht erweitern, da sie kein Konzept zur Systemüberwindung besaß.

1950 gründete der Indo-Guyaner Cheddi Jagan auf der Basis verschiedener Gewerkschaften die "People's Progressive Party" (PPP), die eine breite Allianz der unterschiedlichen Rassen und Klassen verkörperte. Ihr Programm sah die Bildung einer von Großbritannien unabhängigen Regierung sowie eine neue Verfassung vor.

Doch sehr bald nach den ersten allgemeinen Wahlen von 1953, aus denen die PPP als Sieger hervorging, kam es zu Fraktionierungen zwischen dem kommunistischen Flügel um Premierminister Jagan und dem reformistischen Flügel um seinen Erziehungsminister, dem Afro-Guyaner Linden Forbes Burnham. 1955 wurde die Spaltung formell vollzogen, die nicht zuletzt durch Aktivitäten der englischen Regierung und des amerikanischen Geheimdienstes CIA vorangetrieben worden war. In der Phase des Kalten Krieges stand der sozialistische Kurs der PPP eindeutig im Widerspruch zur Truman-Doktrin, derzufolge eine Ausbreitung des Sozialismus im Machtbereich des Westens mit allen Mitteln zu verhindern sei. Dies vor allem angesichts der erfolgreichen kubanischen Revolution von 1959, deren Auswirkungen auf große Teile der Karibik zu Recht befürchtet werden mußten.

Mit der Bildung des "People's National Congress" (PNC) durch Burnham (1955) war die kurze Allianz der beiden großen ethnischen Gruppen vorläufig zerbrochen. Rassenzugehörigkeit determinierte fortan die Parteizugehörigkeit.

Der Grund für die Abspaltung lag anfänglich weniger im Pro-

gramm als in der Strategie: Burnham wollte mit einem gemäßigten Kurs erst die Unabhängigkeit erkämpfen und dann für den Sozialismus eintreten.

Die Obstruktionspolitik der imperialistischen Mächte verschärfte sich, als Jagan in den folgenden Wahlen 1957 und 1961 seine Mehrheit gegenüber Burnhams PNC behaupten konnte. Gezielte ökonomische Sanktionen in Form der Verweigerung von Kapitalhilfen, die eine unabdingbare Voraussetzung zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sind, verbunden mit rückläufigen Weltmarktpreisen für Bauxit, dem Hauptausfuhrgut Guyanas, führten zu massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die oppositionelle PNC als Unfähigkeit der Regierung Jagan anprangerte.

Das Zusammenspiel von Anti-Regierungspropaganda, die eine scheinbar einseitige wirtschafts- und sozialpolitische Bevorzugung der indischen PPP-Anhänger konstatierte, nachweislicher Tätigkeit der CIA¹⁾ und provokativem Einschreiten britischer Truppen zur Aufrechterhaltung von "Law and Order" schürte die Polarisierung der Rassen, die sich immer häufiger in gewaltsamen Ausschreitungen entlud.

Maßgeblich beteiligt an der Subversion gegen Jagan war das "American Institut for Free Labour Development" in den USA, das als Werkzeug des CIA berüchtigt ist. Dieses Institut trainierte junge Guyaner in antikommunistischen Kampagnen und sorgte dafür, daß sie nach ihrer Rückkehr einflußreiche Positionen in guyanischen Gewerkschaften fanden.

Im April 1963 riefen Burnham und sein späterer Koalitionspartner P. D'Aquiar, Vorsitzender der ultrarechten "Unitet Force" (UF), einen zweimonatigen Generalstreik aus, der durch die CIA, die US-amerikanische Gewerkschaftszentrale AFL/CIO und die amerikanische Regionalorganisation des IBGF (ORIT) finanziert wurde.²⁾

Da die Chance eines erneuten Wahlsieges der PPP 1964 aufgrund rassenspezifischer Wahlkriterien dennoch nicht ausgeschlossen werden konnte, setzte die britische Regierung mit US-amerikanischer Unterstützung die Einführung eines veränderten Wahlmodus durch, der auch kleine Parteien und deren Koalitionsmöglichkeit zuließ.

1) Agee, 1978, S. 242

2) John Martlow Martin, US-Policy in the Caribbean, Boulder/Col 1978, S. 67 f.

Burnham wird an die Macht gebracht

Mit Hilfe des neuen Verhältniswahlrechts und der Koalition mit der reaktionären UF gelang es Burnham 1964 Jagan aus seinem Regierungsamt zu verdrängen: von insgesamt 53 parlamentarischen Sitzen entfielen 24 auf die PPP, 22 auf die PNC und 7 auf die UF, deren Wählerschaft sich unabhängig von der Rassenzugehörigkeit aus dem Mittelstand rekrutierte.

Mit Burnhams Amtsantritt wurden sämtliche von Jagan bis dahin unterhaltenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Kuba abgebrochen und ein in allen Bereichen anti-kommunistischer Kurs eingeschlagen.

Um den prompt wieder einsetzenden Kapitalhilfefluß zu beschleunigen, sah Burnham in seinem ersten Entwicklungsplan den Ausbau der Infrastruktur vor, um somit zugleich Anreize für private ausländische Direktinvestitionen zu schaffen; ausländischem Kapital wurden weitgehend Steuer- und Zollvergünstigungen eingeräumt.

Unter diesen Bedingungen konnte es Großbritannien 1966 -wiederum unter dem Einfluß der USA- verantworten die Kolonie zumindest formal in die Unabhängigkeit zu entlassen. Staatsoberhaupt blieb weiterhin die englische Königin, die kolonialen Wirtschaftsstrukturen blieben unverändert fortbestehen.

In den folgenden Wahlen 1968 erhielt die PNC die absolute Mehrheit der Stimmen, wodurch ein Zweckbündnis mit der UF überflüssig wurde.

Recherchen der "Sunday Times" und einer britischen Fernsehgesellschaft ergaben, daß, bedingt durch unveränderte Rassengebundenheit, das Ergebnis nur durch beträchtliche Wahlmanipulation zustande kommen konnte. Gleiches vermutet man auch für den Wahlausgang 1964.

Im Widerspruch zur Verfassung praktizierte die PNC eine diskriminierende Beschäftigungspolitik. Die seit der Wirtschaftskrise Anfang der 60-er Jahre rar gewordenen Arbeitsplätze sind nur noch über eine Mitgliedskarte des PNC erhältlich. In der Lohnskala rangieren die Arbeiter der Zuckerplantagen unverändert an unterster Stelle, während die Minenarbeiter -ausschließlich Afrikaner- die höchsten Löhne beziehen, die

etwa den Gehältern mittlerer Bankangestellter entsprechen.

Inder, die die Reis- und Zuckerindustrie dominierten, boykottierten mit chronischen Streiks die Politik der Regierung: die Reisproduktion fiel zwischen 1964/65 und 1973/74 von 101.424 to auf 48.651 to. Zum ersten Mal in seiner neueren Geschichte stand Guyana vor dem Problem der Lebensmittelknappheit und drohender Hungerkatastrophen.

Die privaten ausländischen Investitionen fielen von 17,18 Mill. Dollar Ende der 60-er Jahre auf 7 Mill. Dollar 1972. Die Arbeitslosigkeit, vor allem in den urbanen Zentren, betrug ca. 30%, Unterbeschäftigung 36%, die Inflationsrate stieg im angegebenen Zeitraum jährlich um etwa 20-30%. Auf der anderen Seite verschlang Burnhams aufgeblähter Staats- und Verwaltungsapparat fast 50% des Jahreshaushalts. Zusehends verlor Burnham auch bei den afrikanischen Bevölkerungsteilen an Rückhalt. Seine von Anfang an schwache Legitimationsbasis, die in der Notwendigkeit repressiver Herrschaftsinstrumente ihren Ausdruck findet, drohte vollends zu schwinden, wenn er seine Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht radikalen Änderungen zu unterziehen bereit war.

Kurswechsel in Guyana: blockfreie Außenpolitik und Staatskapitalismus

Neben innenpolitischen Faktoren führten auch außenpolitische Probleme 1970 zu einem Kurswechsel der PNC. Die Ausrufung der 'Kooperativen Republik Guyana' mit einem eigenen Staatsoberhaupt kennzeichnete den Beginn einer Strategie, mit der versucht wurde, die außenpolitische Reputation des Regimes in der Bewegung der Blockfreien zu verbessern, die Wirtschaftskrise zu lösen und in beiden ethnischen Hauptgruppen eine Basis für die Regierungspolitik zu gewinnen.

Die Wahlmanipulation 1968 und die Hinweise der PPP, durch CIA-Intervention aus der Regierung gedrängt worden zu sein, hatten dem Regime den Ruf eines Klienten des Imperialismus eingebracht.

Die Wirtschaftskrise hatte zu einem Anwachsen der Opposition bis hinein in die afro-guyanische Bevölkerungsgruppe geführt, die Zahl der Streiks wuchs von 126 im Jahre 1969 auf 198 im

Jahre 1971 an. Eine Wiederankurbelung der Produktion war nur mit Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse, also auch des indo-guyanischen Teils möglich. Die Finanzierungsgrundlage des Staatsapparates, der der PNC als Beschäftigungsreservoir für die eigenen Parteigänger diente, mußte gesichert werden.

Konfrontiert mit diesen Problemen, die für die PNC die Gefahr der Erosion der eigenen Machtbasis in sich trugen, sah sich die Regierung schließlich gezwungen, der von der PPP geforderten Nationalisierungspolitik entgegenzukommen. Bis 1976 gingen die ausländischen Konzerne im Bauxit- und Zuckersktor in Staatsbesitz über, Banken und Versicherungen blieben allerdings unangetastet. Dem vorausgegangen war der Versuch, an den Bauxitkonzerne eine Mehrheitsbeteiligung des Staates durchzusetzen. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen wurde 1971 als erstes Unternehmen die guyanische Tochter des kanadischen Aluminiumkonzerns ALCAN gegen Entschädigung nationalisiert, 1974 folgte das Tochterunternehmen des US-Konzerns Reynolds. 1975 und 1976 wurden die beiden britischen Unternehmen Jessel und Booker, die bis dahin die Zuckerproduktion kontrollierten, gegen Kompensationszahlungen vom Staat übernommen. Die Transaktionen wurden zum Teil über Anleihen bei internationalen Banken finanziert. Bis 1978 kamen auf diese Weise ca. 80% des produktiven Sektors unter staatliche Kontrolle.

Der neue wirtschaftspolitische Kurs wurde in der 'Deklaration Sophia' 1974 von Forbes Burnham als sozialistische Entwicklungsperspektive unter Vorherrschaft der Partei gekennzeichnet, der den Massen die Kontrolle über die Wirtschaft verschaffen sollte.

Die Nationalisierungspolitik und die gleichzeitige Wiedernäherung an Kuba ließen die PPP 1975 dann auch von der scharfen Oppositionshaltung abrücken, die sie gegenüber der Regierung mit dem Boykott des Parlaments nach den erneut manipulierten Wahlen von 1973 eingeschlagen hatte. Die PPP nahm ihre Arbeit im Parlament unter dem Postulat der 'Kritischen Solidarität' wieder auf und schien der Regierungspolitik so den gewünschten innenpolitischen Konsens zu verschaffen.

Staatsbourgeoisie, Verschärfung der Klassenkämpfe und
eine neue Oppositionspartei

Mit der 1974 aus verschiedenen linksoppositionellen Gruppen entstandenen 'Working Peoples Alliance' (WPA) war allerdings bereits ein neues Forum der Opposition entstanden, das als erster Versuch seit der Spaltung der PPP gelten kann, die politische Opposition multirassisch zu organisieren. Im Gegensatz zur PPP kritisierte die WPA den neuen Kurs der Regierung als den reaktionären Versuch, über eine staatskapitalistische Wirtschaftsordnung die Diktatur einer Mittelklassenelite anzustreben. Tatsächlich bewies die folgende Entwicklung, daß Nationalisierungen und eine von der Regierung initiierte Kooperativenbewegung nur dazu dienten, der PNC gesamtgesellschaftliche Kontrollmöglichkeiten und Beschäftigungsquellen für ihre eigene Anhängerschaft zu sichern. Trotz der veränderten Besitzverhältnisse herrschten in der Produktion weiterhin kapitalistische Organisationsprinzipien, Forderungen der PPP nach Mitbestimmung in den staatlichen Betrieben blieben ohne Wirkung.

Mit der Kontrolle der Produktion durch den Staat bildete sich eine lokale Staatsbourgeoisie heraus, die unmittelbares Interesse am Fortbestand der Herrschaft der PNC hat. Der Übergang Guyanas zum Staatskapitalismus verstärkte die Klassendifferenzen in der Gesellschaft. Die Widersprüche zwischen Staat und Arbeiterklasse fanden in den Streiks der Bauxitarbeiter 1976 und dem der öffentlichen Angestellten und der Zuckerarbeiter Ende 1977 ihren Ausdruck. Die Regierung setzte Streitkräfte und bezahlte Streikbrecher gegen die Arbeiter ein, um die Auseinandersetzungen zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Bis 1977 hatte sie den Umfang von Polizei und Armee von 2.135 Mann im Jahre 1964 auf 21.700 Mann gesteigert, 1976 entfiel auf 37 Einwohner ein Angehöriger der Sicherheitskräfte. Paramilitärische Organisationen waren unter der Bezeichnung "Guyana National Service" und "Guyana Peoples Militia" entstanden. Schätzungen gehen davon aus, daß der Anteil für Militär und Paramilitär an den Ausgaben des Staates von 8% im Jahre 1973 auf 14.2% bis 1976 stieg.

Das Oberkommando liegt bei Forbes Burnham, der die Streitkräfte zur Loyalität gegenüber der PNC verpflichtete.

Dieser Repressionsapparat wurde seit Mitte der 70-er Jahre zur unverzichtbaren Stütze des Regimes, dem es nicht gelang, die sozialen und ökonomischen Probleme des Landes zu überwinden.

Die weiterhin weltmarktorientierte Bauxit- und Zuckerproduktion, deren Einnahmen nicht zur Diversifikation der Ökonomie und zur Entwicklung des Binnenmarktes genutzt wurden, hatte ab 1976 Einnahmerückgänge hinzunehmen. Gemeinsam mit steigenden Erdölpreisen führte dies zu einem Zahlungsbilanzdefizit, das wegen der Abhängigkeit von Lebensmittelimporten sofort auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung durchschlug. Hohe Inflationsraten (1978 ca. 20% bei Lebensmitteln) und Arbeitslosigkeit (Schätzungen gehen von 25-30% der Erwerbstätigen aus, offizielle Angaben für den Landesdurchschnitt liegen nicht vor) kennzeichnen seitdem den sozialen Hintergrund Guyanas.

Politik der "offenen Tür" und das Diktat des IWF

Ab 1978 versuchte die Regierung diesen Problemen durch einen erneuten Schwenk der wirtschaftspolitischen Orientierung zu begegnen. Sie beantragte einen ersten Beistands-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 19,5 Mill. Guyana-Dollar, der gegen harte Auflagen auch gewährt wurde. Die an diesen Kredit geknüpften Bedingungen führten zu einer Kürzung des Sozialtats, Subventionskürzungen für Nahrungsmittel und staatliche Dienstleistungen, Erhöhung der indirekten Besteuerung, Kürzungen im staatlichen Investitionshaushalt und damit verbunden den Verlust von etwa 4.000 Arbeitsplätzen. Drastische Beschränkungen der Nahrungsmittelimporte verschlechterten die Versorgungslage der Bevölkerung weiter. Mit der Werbung für 'Joint Venture'-Investitionen versuchte die Regierung, wieder ausländisches Privatkapital ins Land zu holen.

Diese strenge Sparpolitik der Regierung und der Versuch, durch ein Verfassungsreferendum 1978 die Ein-Parteiherrschaft der PNC zu sichern, führte zu einem erneuten Abrücken der PPP von

der Regierungslinie und zu einem gemeinsamen Boykottaufruf mit der WPA. Mit dem Referendum sollten dem Parlament verfassungsändernde Kompetenzen, die bisher Volksabstimmungen vorbehalten waren, zugeordnet und ein Präsidialamt mit erweiterten Vollmachten geschaffen werden. Es endete offiziell mit einem Erfolg für die Regierung. Die Opposition, die die Abstimmung im ganzen Land beobachtete, schätzte allerdings die Wahlbeteiligung auf nur 10-20% und auch die konservative 'Financial Times' bezeichnete das Resultat als "Ergebnis einer zweifellos gefälschten Volksabstimmung". Der Erfolg des Boykotts und die dadurch notwendig gewordene Manipulation des Ergebnisses machen deutlich, wie schwach die Basis der Regierung auch in der afro-guyanischen Bevölkerungsgruppe geworden ist und wie erfolgreich gemeinsame Aktionen der Linksopposition trotz ideologischer Unterschiede sein können (die PPP steht dem traditionellen Marxismus-Leninismus nahe und ist als Partei dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus verpflichtet, während die WPA eine marxistische Partei basisdemokratischer Orientierung ist).

Terroristische Herrschaftsausübung - und wie sie überwunden werden kann

Mit dem wachsenden Legitimitätsverlust und dem Anstieg oppositioneller Aktivitäten steigerte die Regierung den Terror gegen Regimegegner, der bisher in der Ermordung Walter Rodneys gipfelte. Für ihre Einschüchterungs- und Repressionspolitik funktionalisiert die PNC häufig die radikale Sekte 'House of Israel', die unter Leitung eines Nordamerikaners des staatlichen Gewaltapparat ergänzt. Der immer offener hervortretende repressive Charakter des Regimes baut auch langsam die internationale Reputation wieder ab, die die Regierung Burnham in der ersten Hälfte der 70-er Jahre durch den scheinbaren Wechsel ins Lager der sozialistisch orientierten Entwicklungsländer in der Bewegung der Blockfreien gewonnen hat. Mit Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und nicht zuletzt durch die Unterstützung des kubanischen Truppentransfers nach Angola 1976 hatte sie den Ruf gewonnen, Teil

der antiimperialistischen Bewegung in der Dritten Welt zu sein.

Gegenwärtig ist wohl die 'Lateinamerikanisierung' der Innenpolitik das hervorstechendste Merkmal, daß das Regime für sich in Anspruch nehmen kann. Die Herrschaftspraktiken der PNC wurden durch die Wahlen im Dezember 1980 erneut deutlich, die der Regierung eine 2/3 Mehrheit verschafften und die eine internationale Beobachterkommission als manipuliert und die "schlimmsten Befürchtungen bestätigend" bezeichnete. PPP und WPA konnten sich im Gegensatz zum Referendum nicht auf eine gemeinsame Politik einigen. Während die PPP trotz der Einschätzung, daß massive Wahlfälschungen zu erwarten seien, ihre Anhänger zur Wahlbeteiligung aufrief, forderte die WPA den Boykott. Der Rechtfertigung der PPP, der Regierung keine Handhabe zur endgültigen Etablierung des Ein-Parteiensystems geben zu wollen, trat die WPA mit einem Aufruf zum gewaltfreien Widerstand und der Nicht-Zusammenarbeit mit der Regierung entgegen. Das Fehlen einer gemeinsamen Linie der Linken führte zu einer höheren Wahlbeteiligung als beim Referendum. Sie soll nach Schätzungen der Opposition bei 40-45% gelegen haben, was wegen der traditionell hohen Wahlbeteiligungen in Guyana als weiteres Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu werten ist. Mit der Wahlmanipulation, der andauernden wirtschaftlichen Depression, deren fallende Produktionsziffern einen Hinweis auf die Ablehnung des Regimes in allen ethnischen Gruppen der Arbeiterklasse geben, verliert die Regierung den letzten Rest an Legitimation. Die ethnische Spaltung der Arbeiterklasse, die die PNC durch die Schürung von Angst innerhalb der afro-guyanischen Bevölkerungsgruppe vor einer Machtübernahme der Indo-Guyaner lange Zeit aufrecht erhalten konnte, scheint sich langsam abzubauen. Einer gemeinsamen Politik der Linksoppositionen könnte es gelingen, diesem sozialen Prozeß eine politische Stoßrichtung zu geben, die das Ende des PNC-Regimes herbeiführt.

Walter Rodney, weltweit anerkannter Afrika-Historiker u. Mitbegründer der WPA, wurde am 13.6.80 das Opfer eines politischen Attentats. Nach mehrjähriger Lehrtätigkeit an Universitäten in Tanzania, Jamaica und den USA war Walter Rodney 1978 Gastprofessor am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Hamburg



Solidaritäts-Veranstaltung am 30. Juni 80 in der Universität Hamburg anlässlich der Ermordung Walter Rodneys

Demonstration in Georgetown am 23.6.1980 nach der Ermordung Walter Rodneys



I. Basisdaten

| | |
|------------------------|--|
| Staatsfläche: | 214.970 qkm |
| Bevölkerung: | 835.000 (1979) |
| Bevölkerungswachstum: | 1.7% (jährliche Zuwachsrate 1970 - 1979) |
| Kindersterblichkeit: | 47.5 (pro 1000 Geburten 1976) |
| Lebenserwartung: | 69.1 Jahre (1975 - 1980) |
| Alphabetisierungsgrad: | 86.0% (1978) |
| Ethnische Struktur: | ca. 50% indischer Herkunft, ca. 38% afrikanischer Herkunft, ca. 12% indianischer, chinesischer, europäischer oder gemischte Herkunft |
| Hauptstadt: | Georgetown, ca. 200.000 Einwohner |
| Wichtige Städte: | Linden (29.000), New Amsterdam (23.000) |
| Urbanisierungsgrad: | 45.6% (1979) |

Bruttoinlandsprodukt

| Jahr | Laufende Preise in Mill. US-Dollar | Wachstum % |
|------|---------------------------------------|------------|
| 1973 | 226 | |
| 1974 | 341 | 50.9 |
| 1975 | 431 | 26.4 |
| 1976 | 402 | - 6.7 |
| 1977 | 397 | - 1.2 |
| 1978 | 460 | 15.9 |

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

| Jahr | Laufende Preise in Mill. US-Dollar | Wachstum % |
|------|---------------------------------------|------------|
| 1973 | 299 | |
| 1974 | 441 | 47.5 |
| 1975 | 544 | 23.4 |
| 1976 | 497 | - 8.7 |
| 1977 | 480 | - 3.4 |
| 1978 | 545 | 13.5 |

Quelle: United Nations, Economic Commission for Latin America, Economic Survey of Latin America 1978, Santiago, Chile 1980

Index der Produktion

(Basisjahr 1975)

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|------------------|------|------|------|------|
| Landwirtschaft | 100 | 69 | 62 | 78 |
| Industrie | 100 | 97 | 97 | 111 |
| Tertiärer Sektor | 100 | 112 | 115 | 129 |

Quelle: Eigene Berechnungen nach UN-ECLA, a.a.O.

Jährliche Steigerung der Konsumentenpreise

| | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|-----------------------------|------|------|------|------|------|
| Index der Konsumentenpreise | 19.7 | 6.0 | 8,7 | 10.8 | 17.9 |
| Lebensmittel | 27.2 | 5.9 | 12.3 | 10.1 | 20.2 |
| Kleidung | 19.6 | 11.9 | 8.3 | 17.5 | 24.2 |
| Mieten | 8.2 | 3.1 | 1.2 | 2.0 | 2.2 |

Quelle: UN-ECLA, a.a.O.

Arbeitskämpfe

| Jahr | Anzahl | Anzahl der Beteiligten (in 1000) | Verlorene Arbeitstage (in 1000) |
|------|--------|-------------------------------------|------------------------------------|
| 1970 | 159 | 84 | 454 |
| 1971 | 198 | 41 | 142 |
| 1972 | 175 | 45 | 135 |
| 1973 | 186 | 35 | 93 |
| 1974 | 151 | 62 | 155 |
| 1975 | 129 | 69 | 551 |
| 1976 | 400 | 82 | 229 |
| 1977 | 383 | 90 | 994 |
| 1978 | 300 | 52 | 76 |
| 1979 | 219 | 106 | 324 |

Quelle: International Labour Office, Yearbook of Labour Statistics 1980, Geneva 1980

Zahlungsbilanz

(Mill. US-Dollar, laufende Preise)

| Jahr | Exporte | Import | Saldo |
|------|---------|--------|-------|
| 1976 | 305 | 408 | -103 |
| 1977 | 288 | 351 | - 63 |
| 1978 | 350 | 375 | - 25 |

Quelle: UN-ECLA, a.a.O.

Wichtigste Exportgüter

| | <u>(Mill. US-Dollar)</u> | | | | <u>Wachstumsraten %</u> | | |
|------------------------|--------------------------|-------|------|-------------------|-------------------------|-------|-------------------|
| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 ^a | 1976 | 1977 | 1978 ^a |
| Bauxit | 86.7 | 88.0 | 99.1 | 70.2 | 1.5 | 12.6 | -4.9 |
| Aluminium ^b | 28.8 | 25.1 | 30.8 | 21.8 | -12.8 | 22.7 | -5.6 |
| Zucker | 175.4 | 101.4 | 72.8 | 60.4 | -42.2 | -28.2 | 49.5 |
| Reis | 36.0 | 28.9 | 26.2 | 25.8 | -19.7 | - 9.3 | 33.0 |

a-Januar - September, in Bezug zum gleichen Zeitraum 1977

b- auch Aluminiumhydrat

Quelle: UN-ECLA, a.a.O.

Terms of Trade (1970 = 100)

| 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 101.0 | 135.1 | 138.7 | 117.2 | 121.5 | 128.7 |

Quelle: UN-ECLA, a.a.O.

Anteile der Hauptexportgüter am Gesamtexport (%)

| Jahr | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|-----------|------|------|------|------|
| Bauxit | 24.3 | 32.4 | 39.0 | 37.0 |
| Aluminium | 8.0 | 9.2 | 12.0 | 11.5 |
| Zucker | 49.1 | 37.1 | 28.5 | 31.8 |
| Reis | 10.1 | 10.6 | 10.2 | 13.6 |

Quelle: Eigene Berechnungen nach UN-ECLA, a.a.O.

| Jahr | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 ^a |
|----------------------------------|------|------|------|------|-------|-------------------|
| <u>Wachstumsraten</u> | | | | | | |
| <u>d. Staatshaushaltes</u> | 39.0 | 23.4 | 69.3 | 23.0 | -21.6 | 6.9 |
| <u>Haushaltsdefizit</u> | 47.4 | 14.9 | 19.7 | 49.5 | 39.3 | 41.5 |
| (in % des Gesamt- haushaltes) | | | | | | |

Quelle: UN-ECLA, a.a.O.

Auslandsverschuldung am 31. Dezember 1978
(Mill. US-Dollar)

| | |
|-----------------------------|-------|
| insgesamt | 633.1 |
| bilateral | 271.2 |
| multilateral | 165.6 |
| Lieferanten | 25.2 |
| Finanzierungsorganisationen | 83.7 |
| andere | 87.5 |

| <u>Schuldendienst f. Auslandsschulden in % der Gesamtexporte</u> | | | | | | |
|--|------|------|------|------|------|------|
| 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
| 5.5 | 6.8 | 5.0 | 4.7 | 11.6 | 12.2 | 16.3 |

Quelle: World Bank, Annual Report 1980

Literatur:

1. Premdas, Ralph R.: Guyana-Socialist Reconstruction or Political Opportunism?, in: Journal of Inter-American Studies and World Affairs, Vol 20, May 1978, S. 133 ff
2. Sackey, James A.: Dependence, Underdevelopment and Socialist-Oriented Transformation in Guyana, in: Inter-American Economic Affairs, Vol 33, No 1, Summer 1979, S. 29 ff
3. Saurma, Ulrich Graf von: Guyana, in Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (HG), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Unterentwicklung und Entwicklung in Lateinamerika, Hamburg 1976, S. 215 ff
4. Tennessee, Paul Nehru: Etnicidad, Clases Sociales e Ideologia en el Proceso Politico - Una Perspectiva Historica de Guyana, in: Nueva Sociedad, 1978, S. 114 ff



El Salvador

Honduras

Nicaragua

Costa Rica

Panama

Ecuador

Kolumbien

Venezuela

Guyana

Surinam

Franz. Guyana

Trinidad u. Tobago

Grenada

Barbados

Dominica

Guadeloupe

Martinique

Antigua

Puerto Rico

Dominikan. Republik

Jamaika

Haiti

Kuba

Bahamas

Braailien